

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	19. Oktober 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

15.

Punkt 13 der Tagesordnung: Antrag der Stadträtin Rita Fromm, der Stadträte Tom Høyem, Karl-Heinz Jooß, Thomas H. Hock, Thomas Kalesse und Heinz Golombeck (FDP) sowie der FDP-Gemeinderatsfraktion vom 11. August 2010: Bildung einer gemeinsamen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung/ Stadtmarketing und Tourismus

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 13, Vorlage Nr. 521, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Høyem (FDP): Die Struktur, wie wir sie in Karlsruhe haben, mit drei verschiedenen Gremien für Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung und Tourismus, ist entstanden in einer Zeit, in der die Aufgaben ganz andere waren. Sowohl bundesweit als auch international werden diese Aufgaben ganz deutlich mit vielen erfolgreichen Synergie-Effekten gebündelt. Selbstverständlich arbeiten diese Gremien projektbetont zusammen. Es wäre unverständlich, falls das nicht die Realität wäre.

Wir finden auch, dass Wirtschaftsförderung als ein städtisches Amt nicht sinnvoll ist. Sehr wichtig ist es auch für uns, die Technologieregion ins Zentrum zu stellen und die in unseren Köpfen existierende Mauer rund um Karlsruhe-Stadt zu entfernen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass eine Zusammenlegung von Stadtmarketing und Tourismus in der Verwaltung kontrovers diskutiert wird. Für uns ist es nicht überzeugend, wenn in der Antwort die Zielgruppen für Tourismus, Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung als völlig unterschiedlich angesehen werden.

Wenn man die Stellungnahme detailliert liest, ist es ganz klar, dass auch die Verwaltung neue Strukturen wünscht. Die Argumentation könnte eigentlich dazu führen, dass man unseren Antrag unterstützt. Man hat trotzdem offenbar Angst, neue Wege zu gehen. Ein wichtiges Wort ist das Wort „derzeit“ in diesem unglaublich diplomatischen Satz. Ich zitiere: „Die Bildung einer gemeinsamen Gesellschaft wird daher derzeit eher nicht als vorteilhaft gesehen.“ - Ein wunderbarer Satz.

Wir denken anders. Wir denken, dass wir wirklich jetzt einen Handlungsbedarf in Karlsruhe haben. Wir wissen, dass sich in der Zusammenarbeit zwischen Stadtmarketing und Tourismus etwas bewegt. Diese Entwicklung unterstützen wir sehr gerne, aber wir meinen auch, dass es Zeit ist, die Wirtschaftsförderung neu zu überdenken.

Die Stellungnahme verspricht, über eine stärkere regionale Organisation zu sprechen. Das heißen wir willkommen. Die Verwaltung erinnert sich, dass wir vor fünf Jahren dieses Thema hier im Gemeinderat schon einmal kontrovers diskutiert haben. Wir versprechen, nicht wieder so lange zu warten. Wir sind zurzeit mit Fazit 1 und Fazit 2 einverstanden, und wir bleiben am Ball.

(Beifall bei der FDP)

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Es gibt sicherlich keine Denkverbote, wenn es um mögliche Verbesserungen von Strukturen und Einheiten geht. Der CDU-Fraktion ist dieser Antrag heute allerdings zu früh. Wir sind der Meinung, dass der Antrag zu weit geht und können der Bildung einer gemeinsamen Gesellschaft aus Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus nicht zustimmen.

Die Verwaltung hat sehr ausführlich in ihrer Stellungnahme aufgezeigt, welche Vorteile und Nachteile, welche Optimierungsmöglichkeiten und Grenzen eine solche neue Konstruktion hätte. Vor allem wird auch darauf eingegangen, dass es Synergien gibt im Bereich Stadtmarketing und Tourismus. Das ist eigentlich der Bereich, den meine Fraktion heute zuerst einmal im Blick hat.

Wir arbeiten im Moment an einer neuen Gesellschafterstruktur für die Stadtmarketing GmbH. Diese befindet sich aktuell in der Diskussion. Aus meiner Sicht wäre es

in diesem Zusammenhang eine gute Gelegenheit, die Integration des Bereichs Tourismus der KMK in die Stadtmarketing GmbH vorzubereiten bzw. auf den Weg zu bringen. Wir haben über diesen Bereich in den letzten Jahren schon öfter gesprochen. Auch aktuell in den Gremien werden diese Themen angesprochen. Ich meine, dass dies der erste Schritt sein könnte, indem diese Synergien, die auch in der Antwort dargelegt werden, genutzt werden.

Keinen Handlungsbedarf sehen wir als CDU-Fraktion in der Veränderung der Struktur der städtischen Wirtschaftsförderung. Es muss sicherlich weiter beobachtet werden, was sich in diesem Bereich in der Zukunft ergibt. Die Verwaltung führt auch aus, dass hier die Diskussion zur Entwicklung einer regionalen Wirtschaftsförderungsebene begonnen hat. Wir wollen dies weiter beobachten. Aber hier sehen wir aktuell keinen Handlungsbedarf.

(Beifall bei der CDU)

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Das Ansinnen dieses Antrags zum jetzigen Zeitpunkt hat sich mir nicht erschlossen. Hatten wir nicht gerade erst in den zuständigen Gremien damit begonnen, uns über mögliche Änderungsoptionen des Zusammenwirkens von Stadtmarketing und Tourismus etc. zu informieren? Und jetzt gleich ein Antrag, bestimmte Strukturen zu schaffen, ohne Information, ohne Diskussion, ohne Abwägen von Vor- und Nachteilen, weder für die Stadt, noch für die Region, noch für politische Zielsetzung, scheint uns nicht der richtige Weg zu sein, vorschnelle Entscheidungen zu erzwingen, ohne sich vorher zu informieren und abzuwägen.

Dennoch: Wir sehen auch die positiven Seiten des Antrags. Doppelstrukturen sollen aufgelöst und damit Reibungsverluste dezimiert werden. Dieses Ansinnen teilen wir. Doppelstrukturen verursachen Kosten ohne Mehrwert. Das ist eine ausgezeichnete Möglichkeit, zu sparen. Aber wir möchten genauer hinschauen und sehen dabei aber auch prinzipiell Optimierungsmöglichkeiten.

Ein wenig kann ich die Ungeduld der FDP schon verstehen. Die Ungereimtheiten, die von Frau Fromm angesprochen wurden, sind auch uns bekannt. Es besteht in der Verwaltung durchaus Uneinigkeit zum Thema Tourismus und Marketing. Das hat

sicher nicht dazu geführt, dass in den zuständigen Gremien offen diskutiert wurde. Dennoch wurde ein klarer Auftrag dazu erteilt. Zu dem stehen wir nach wie vor. Es ist uns auch zugesagt worden, dass es zu Diskussionen diesbezüglich kommen wird.

Das Anliegen der FDP, die Wirtschaftsförderung aus städtischer Hand zu geben, dagegen wollen wir uns ganz eindeutig ausnehmen. Der enge Kontakt der Stadtverwaltung zur Wirtschaft in Karlsruhe wird von uns gewünscht. Den Einfluss des Gemeinderates z. B. auf Standortfragen von Unternehmen möchten wir unbedingt bewahren.

Sie sehen, es ist ein großer Schritt, bestimmte Gremien zusammenzulegen. Ein 10,5-zeiliger Antrag ist hier sicherlich nicht genug. Da muss noch mehr diskutiert und abgewogen werden. Die Antwort der Verwaltung ist wesentlich ausführlicher. Als Fazit der Erörterung ergibt sich für die Verwaltung ein Auftrag dafür, mit den regionalen Partnern weiter über eine stärkere regionale Organisation zu sprechen und die Überlegungen in den entsprechenden Gremien zu behandeln. Dem Sprechen über eine stärkere regionale Organisation und vor allem der Behandlung der Besprechungsergebnisse in den Gremien sehen wir mit großem Interesse entgegen. Ein Auftrag, auf eine stärkere regionale Organisation hinzuwirken, ist das von unserer Seite ganz eindeutig zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Mit einigen der existierenden Organisationsverbänden sind wir in der tatsächlichen Ausführung nicht zufrieden, wie z. B. Kosten- und Nutzenaufteilung bei der Messe. Auch bei der TechnologieRegion Karlsruhe ist es schwer, eine Aussage bezüglich Kosten und Nutzen zu treffen. Als Mitglied des Gemeinderates erfährt man kaum etwas über deren Arbeit und vor allem noch weniger über deren politische Zielsetzung und Wirken. Aufgrund dieser Erfahrung sagen wir ausdrücklich: Reden darüber gerne, Berichten jederzeit, Strukturen ändern und schaffen nicht ohne ausführliche Beratung.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Baitinger (SPD): Ich kann nahtlos anschließen an den Beitrag von Frau Dr. Leidig und fange deshalb auch mit der Regionalisierung an. Die Regionalisierung kann nur im Rahmen demokratisch-parlamentarischer Strukturen erfolgen. Davon ist die TechnologieRegion Karlsruhe Lichtjahre entfernt. Das sind Delegationen, das sind die Herren und Damen Oberbürgermeister und Bürgermeister der Region. Aber die Parlamente, die direkt gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürger sind in dieses Gremium nicht eingebunden. D. h., neben den angeführten Kritikpunkten von Frau Dr. Leidig sehen wir als SPD-Fraktion auch noch ein großes Demokratiedefizit in diesem speziellen regionalen Gremium. Darüber hinaus ist die Frage der Demokratisierung von Regionalpolitik nach wie vor auf der Tagesordnung und bleibt für uns eine weiterhin brennende Frage. In diesem Zusammenhang wäre dann natürlich dennoch eine übergreifende Wirtschaftspolitik auf der Basis von Verträgen zwischen Städten durchaus denkbar, wie wir im Zusammenhang mit der Neuen Messe mit Rheinstetten auch schon Verträge haben und wie es meine Fraktion auch schon öfter eingefordert hat, z. B. zur gemeinsamen sinnvollen Nutzung von freien Gewerbeflächen mit Verteilung der dann entstehenden Gewerbesteuer.

Solche Formen der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftsförderung, die dann auch immer den Gemeinderat und die entsprechenden Gremien einbinden, sind absolut zu begrüßen. Denn wir müssen irgendwann unseren kleinen und engen Bezirk verlassen und über den Tellerrand hinausschauen, aber eben immer unter Einbindung der Gremien oder unter Weiterentwicklung der Strukturen.

In Sachen Wirtschaftsförderung sehen wir keinerlei Bedarf für eine weitere GmbHisierung. Das Amt, so wie es jetzt aufgestellt ist, ist gut. Wir wollen den Einfluss des Gemeinderates beibehalten, so wie es jetzt ist. Im Übrigen: Auch wenn Doppelstrukturen zu kritisieren sind - sie sind immer zu kritisieren, und sie bringen immer ineffiziente Ressourcenverluste zuwege -, so bin ich doch sicher, dass gerade die genannten Bereiche in einem Dezernat angesiedelt sind, das, wenn möglich, ressourcenschonend arbeitet und Effizienzgewinne realisiert. Aber manchmal geht es eben nicht. In Sachen Wirtschaftsförderung ist es in der Vorlage auch ausführlich dargelegt, warum es auch nicht wünschenswert und zielführend ist.

Bleibt die Zusammenlegung von Stadtmarketing und Tourismus. Dieses ist in der aktuellen Diskussion. Hier muss man sich gar nicht weiter verrenken mit irgendwelchen Anträgen, die auch nicht besser werden, wenn sie von 10- auf 20-zeilig oder 30-zeilig oder vierseitig ausgeweitet werden. Dieses Verlangen scheiterte bisher an dem Grundkonstruktionsfehler, insbesondere des Stadtmarketings, das mit seinem Aufteilen in private Gesellschafter, die bestimmen, und eine Stadt, die zahlt, einfach einen Strukturfehler hat und mit der KMK oder auch Teilen der KMK, die alle städtische GmbHs sind, nicht zusammengelegt werden kann. Solange dieses strukturelle Defizit, dieses Problem, das wir auch ausführlich erörtert haben und bei dem wir noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen sind, beim Stadtmarketing nicht gelöst ist, solange ist nicht daran zu denken, dass der Gemeinderat freiwillig irgendwelchen Einfluss in Aufsichtsräten aufgibt und dieser Zusammenlegung zustimmt.

Deshalb muss man die Sache richtig herum aufzäumen, sprich: beim Stadtmarketing anfangen, damit überhaupt kompatible oder kongruente Strukturen entstehen, bei denen ein Zusammenlegen denkbar wäre. Danach, wenn die Strukturen kompatibel sind, muss man definieren, welche Aufgaben sind es, welche Aufgabenkreise sind gleich, welche Mengenüberschneidungen gibt es. Ist jetzt eine Zusammenlegung sinnvoll und damit auch ein Herauslösen eines Bereichs aus der Messe und die Verschmelzung mit einem anderen Bereich? Da muss man natürlich auch die andere Seite betrachten. So weit sind wir noch lange nicht. Wir sollten die Hausaufgaben im Stadtmarketing machen und dann den nächsten Schritt angehen. In diesem Sinne sehen wir nach den Worten von Herrn Høyem auch den Antrag erst einmal als erledigt an.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Es wurde jetzt sehr viel Negatives über diesen Antrag gesagt. Ich hole einmal das Positive aus dem Antrag heraus - aus meiner Sicht.

(Stadtrat Pfalzgraf/SPD: Das ist aber schwer!)

Es geht darum, ein politisches Ziel zu setzen. Wenn es sich wirklich nur darauf beschränkt, Stadtmarketing und Tourismus zusammenzulegen, dann wären die technischen Probleme, die Frau Baitinger erwähnt hat, die zentralen Probleme. Aber das große politische Ziel, das dahinter steckt, und das man, wenn man sich auf den Weg macht, ganz sicher nicht vergessen sollte, ist der regionale Ansatz. Wenn man von vornherein sagt, es geht nicht, dann kommt man dort nie hin. Von daher gesehen halte ich es schon für richtig.

Ich halte es auch für richtig, bei der Wirtschaftsförderung nicht grundsätzlich zu sagen, das geht nicht. In anderen Kommunen, anderen Regionen, anderen Verbänden ist es auch möglich, die Wirtschaftsförderung anders aufzustellen. Wir sollten vielleicht auch einmal wieder über unseren Tellerrand hinausschauen. Das sehe ich jetzt als das Positive in diesem Antrag. Dass heute keine Karte hochgehoben werden kann, ja oder nein, ist auch klar. Ich denke, wir werden das dann weiter beraten. Wie gesagt, das politische Ziel, irgendwann einmal einen regionalen Ansatz zu finden, sollte man dann doch nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Wenzel (FW): Gewiss, der Antrag der FDP hat seinen Charme. Wie die Antwort der Verwaltung zeigt, läuft es bei der bisherigen Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus nicht immer rund. Einiges ist noch nachzubessern. Hier kann bestimmt noch viel gemacht werden, wie die Vorredner gesagt haben. Doch wir Freien Wähler können einer Gründung einer weiteren Gesellschaft außerhalb des Einflussbereichs und der Gestaltungsmöglichkeit des Gemeinderates nicht zustimmen.

Um alles Gesagte der Vorredner zusammenzufassen, will ich hier nur sagen: Vielmehr sollte der begonnene Prozess zur Abschaffung von Doppelstrukturen durchleuchtet und weitergeführt werden. Ich denke, damit sind wir am Anfang.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Das Heil liegt gewiss nicht in der GmbH. Aus meiner Sicht der Arbeit als Stadtrat ist es so, dass die GmbHs für mich oft wie eine Black Box sind. Eine Black Box, in die ich nicht hinein sehe, wo die Transparenz nicht ge-

währleistet ist, wie in anderen Bereichen. Aus diesem Grunde würde ich mich eher zurückhaltend zeigen.

Der zweite Grund ist der, dass gerade Wirtschaftsangelegenheiten in die Nähe der Stadtverwaltung zu anderen Ämtern gehören. Aus deren Nähe heraus ergibt sich manches effizientere Arbeiten. Deswegen würde ich eher davor warnen, dass man das hier ausgliedert. Das sollte man in der Stadt lassen. Mit effizienteren Strukturen gewiss, aber es sollte in der Nähe bleiben.

Stadtrat Høyem (FDP): Das ist ein richtig guter FDP-Tag heute. Wir freuen uns sehr. Vor fünf Jahren wurde dies hier kontrovers diskutiert. Jetzt freuen wir uns über diese konstruktive Debatte, die wir heute hatten. Wir merken, dass sich etwas bewegt in die Richtung, die wir gewünscht haben. Deshalb sind wir mit dieser Debatte sehr zufrieden. Mit den zwei Faziten, die Sie genannt haben, sind wir auch sehr zufrieden. Es ist ein sehr guter FDP-Tag!

(Beifall bei der FDP)

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich noch zwei kurze Bemerkungen aus meiner Sicht machen.

Ich finde es sehr bedauerlich, Frau Stadträtin Dr. Leidig, dass Sie von der TechnologieRegion Karlsruhe (TRK) so wenig hören. Wir veröffentlichen eigentlich sehr viel. Die TRK hat in ihrem Gesellschaftsvertrag einen genau festgelegten Gesellschaftszweck. U. a. steht in dem Gesellschaftsvertrag auch drin, dass selbstverständlich die kommunale Hoheit beachtet wird. Es werden gemeinsame Aufgaben übernommen, wie man z. B. beim Handwerkerparkausweis eine gemeinsame Regelung gefunden hat. Es wird ein gemeinsames Marketing entwickelt usw.

Ich sage Ihnen schlicht und einfach, bei einem Etat von 500.000 € pro Jahr können Sie gar nicht mehr machen in der TechnologieRegion Karlsruhe. Die TechnologieRegion ist bewusst so angelegt, dass wir dies auf freiwilliger Basis tun, weitgehend Punkte zu finden, wo Gemeinsamkeiten vorhanden sind. Die einzelnen Bereiche

bleiben selbstverständlich einer gesonderten Zusammenarbeit vorbehalten, z. B. öffentlicher Nahverkehr, KVV. Das wird auch nicht in der TRK gemacht.

So gibt es auch denkbare andere Bereiche, wo man, wenn man sich einigt, solche regionalen Dinge machen könnte. Darüber muss man reden, auch in der Frage, was von der Wirtschaftsförderung in eine solche Gemeinsamkeit hinein sollte. Ich rede jetzt nicht von der rechtlichen Struktur. Ob jetzt eine GmbH oder eine Kooperationsvereinbarung oder sonst etwas, man kann über alles diskutieren. Aber man muss genau auch darüber diskutieren, was hinein sollte: Geländevermarktung, Marketing usw. Das sind Fragen, die man dann klären muss. Aber klar ist, es bleibt selbstverständlich den einzelnen Gebietskörperschaften vorbehalten, das gemeinsam zu machen.

Was die Zusammenlegung von Stadtmarketing und Tourismus anbelangt, meine Damen und Herren, darf ich Sie einfach einmal daran erinnern, dass wir den Verkehrsverein aufgelöst haben, indem wir Stadtmarketing und Tourismus getrennt und ganz bewusst den Tourismus zur KMK genommen haben. Das war der Grund für die Auflösung des Verkehrsvereins, der nämlich Stadtmarketing und Tourismus gemeinsam gemacht hat. Da müssen wir uns sehr wohl überlegen, was Sinn macht und was nicht. Deswegen bin ich auch dankbar, Herr Stadtrat Høyem, dass Sie sagen, mit dem Fazit sind Sie einverstanden und dies dann auch als guten Tag der FDP ansehen. Da freuen wir uns dann mit Ihnen.

Beschluss: Zustimmung zur Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Verteiler (mit Stellungnahme)
Ratsinformationssystem
Wirtschaftsförderung
KMK
Stadtmarketing Karlsruhe GmbH
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -
9. Dezember 2010